



Strengere Regeln lassen auf sich warten
Wirtschaft / 13



Im Mai flogen wieder mehr mit der Swiss
Wirtschaft / 13



Staatsanleihen: EZB hält an Ankäufen fest
Wirtschaft / 14

NEWSMIX

Griechen machen Fortschritte

ATHEN – Griechenland hat in den ersten fünf Monaten dieses Jahres deutlich weniger Schulden aufgenommen als im Vergleichszeitraum 2009. Die Neuverschuldung für die Monate Januar bis Mai belaufe sich auf 8,97 Milliarden Euro, teilte das Finanzministerium mit. Das seien 38,8 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Das Ziel einer Verringerung der Neuverschuldung um 35,1 Prozent bis Ende Mai sei damit übertroffen worden. Athen hat zugesagt, die Neuverschuldung in diesem Jahr auf 8,1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu begrenzen. Im vergangenen Jahr lag sie bei 13,6 Prozent. (ap)

US-Handelsbilanzdefizit steigt im April – Exporte fallen

WASHINGTON – Eine schwächere Ausland-Nachfrage und höhere Ölpreise haben zu einer leichten Ausweitung des Aussenhandelsdefizits der USA im April beigetragen. Die Differenz zwischen Exporten und Importen stieg auf 40,3 Mrd. Dollar, wie das Handelsministerium mitteilte. Im März betrug das Defizit 40,0 Mrd. Dollar. Die Ausfuhren fielen im April um 0,7 Prozent auf 148,8 Mrd. Dollar, nachdem sie im März stark angestiegen waren. Die Einfuhren schrumpften gleichzeitig um 0,4 Prozent auf 189,1 Mrd. Dollar. (sda)



Japans Wirtschaft wächst im ersten Quartal um 1,2 Prozent

TOKIO – Die japanische Wirtschaft ist im ersten Quartal um 1,2 Prozent gewachsen. Das Plus in den drei Monaten von Januar bis März gegenüber dem Vorquartal entsprach den Schätzungen der Regierung, wie die revidierten Zahlen zeigen. Analysten hatten dagegen im Schnitt einen Anstieg um nur 1,0 Prozent des Bruttoinlandsprodukts prognostiziert. Es war das vierte Wachstumsquartal in Folge. Aufs Jahr hochgerechnet bedeutet das Quartalsplus ein Wachstum von 5,0 Prozent. Amtliche Statistiker hatten ein Wachstum von 4,9 Prozent errechnet. Für das zweite Quartal erwarten Experten allerdings, dass das Wachstum abgebremst wird, weil der Schwung durch die staatliche Förderung beim Kauf von sparsamen Autos und von Elektronikgütern nachlässt. (sda)

Inflationsrate steigt

WIESBADEN – Eine Verteuerung vor allem von Benzin und Heizöl hat die Verbraucherpreise in Deutschland im Mai im Durchschnitt leicht erhöht. Der Index lag um 1,2 Prozent höher als im Mai 2009, wie das Statistische Bundesamt mitteilte. Im März 2010 hatte die Inflationsrate bei 1,1 Prozent und im April 2010 bei 1,0 Prozent gelegen. Der für die Geldpolitik wichtige Schwellenwert von 2 Prozent wird damit weiterhin deutlich unterschritten. (ap)

«USA wollen Euro schwächen»

Walter Wittmann: Euro nicht vom Untergang bedroht – Für Staaten Inflation attraktiv

VADUZ – Die Angst vor Staatsbankrotten in Europa nimmt zu. Hoch verschuldete Länder drücken auf den Euro und die Börsen. «Die Staatsschulden sind nur die Spitze des Eisbergs», warnt der Ökonom Walter Wittmann.

• Kornelia Pfeiffer

Trotz des Rettungspakets der EU werde Griechenland 2012 zahlungsunfähig sein. Dies prophezeite der Publizist und emeritierte Wirtschaftspräsident Walter Wittmann am Donnerstag auch bei der KOFL-Vortragsreihe «Volkswirtschaft aktuell» an der Hochschule Liechtenstein. «Staatsbankrott» heisst Wittmanns neuestes Buch, das vor knapp einem Monat erschienen ist. Etwas zu spät. Der Rettungsschirm von 750 Milliarden Euro war schon gespannt, entgegen Wittmanns Forderung, den Bankrott einzelner Länder in Kauf zu nehmen. Hilfen für verschuldete Staaten seien nur eine Einladung zu weiterer Verschuldung, die dadurch wachsende Schuldenlast einzelner Staaten drohe die ganze EU zu infizieren.

Radikale Massnahmen

Der Volkswirtschaftspräsident ist der Meinung, dass es dem Euro heute besser gehen würde, wenn die EU Griechenland hätte pleite gehen lassen. Letzten Endes habe man das Paket nur geschnürt, damit die in Griechenland engagierten Banken nicht selber in die Breddouille kommen und der Staat wieder einspringen müsse. Zugleich hält er die Staatsverschuldung in Europa nur für die Spitze des Eis-



Walter Wittmann: Dem Euro würde es heute besser gehen, wenn die EU Griechenland hätte pleite gehen lassen.

bergs. Wie in jedem Staat gebe es die Schulden der privaten Haushalte, sprich Hypothekar- und Konsumkredite. Dann kommen die Lücken in der Staatsversicherung hinzu. Wittmann empfiehlt radikale Massnahmen, um Staatsbankrotte längerfristig abzuwenden. Er spricht sich aus für eine Abkoppelung der Sozialversicherungen von den Staatsfinanzen, die Privatisierung öffentlicher Betriebe und eine tief greifende Reform des Steuersystems.

Euro nicht in Gefahr

Trotz der negativen Nachrichten glaubt Wittmann jedoch nicht, dass der Euro vom Untergang bedroht

ist. Griechenland trage mit seiner Volkswirtschaft nur zwei Prozent zur gesamten Ökonomie des Euro-Raumes bei. Von den Proportionen her sei das Euro-Problem marginal. Warum der Euro derart unter Druck gekommen ist, führt er auf die USA zurück. Die angelsächsische Finanzindustrie wolle den Euro vernichten. In New York sei begonnen worden, gegen den Euro zu wetten. Die Amerikaner wollten den Dollar stärken und den Euro schwächen. Der Dollar sei lange Zeit die Weltwährung gewesen – auch für Währungsreserven. Heute hielten die Notenbanken weltweit 30 Prozent ihrer Geldreserven in Euro.

Der Euro könne sich zwar weiter abschwächen, doch irgendwann werde die Gegenbewegung in Gang gesetzt. Der Euro sei erst dann in Gefahr, wenn die Europäische Zentralbank im grossen Stil beginne, Geld zu schöpfen, sprich marode Staatsanleihen der wankenden Staaten zu kaufen. Dass Brüssel Druck auf die Zentralbank ausübe, hält Wittmann für ein Problem. Wenn eine Notenbank mehr Geld drucken müsse, um Staatsanleihen zu kaufen, habe das Inflationspotenzial. Für die Staaten sei die Inflation attraktiv, denn sie könnten sich so ihrer Schulden entledigen, denn durch die Geldentwertung würden auch die Staatsschulden entwertet.

China steigert Exporte deutlich

Experten warnen vor Euphorie

Peking – Chinas Exportwirtschaft läuft trotz der Schuldenkrise in Europa auf Hochtouren. Binnen Jahresfrist schnellten die Ausfuhren im Mai um 48,5 Prozent in die Höhe, wie die Zollbehörden am Donnerstag mitteilten.

«Die Daten sind deutlich stärker als vom Markt erwartet und können Sorgen vor einem Rückfall in die Rezession zerstreuen», sagte Xie Xuecheng von Southwest Securities. Allein seit April stiegen die Ausfuhren saisonbereinigt um 10,9 Prozent. Manche Ökonomen gehen davon aus, dass angesichts eines erwarteten Kursanstiegs des Yuan Kunden der chinesischen Exporteure ihre Einkäufe vorgezogen hatten. Ende April/Anfang Mai war mit einer Aufwertung der chinesischen Währung gerechnet wor-

den. Vor allem die USA drängen seit Langem darauf, dass die chinesische Regierung den Wechselkurs des Yuan freigibt. Sie werfen der Regierung in Peking vor, durch die Koppelung der Währung an den Dollar ihre Exporteure zu begünstigen.

Warnung vor zu viel Optimismus

Experten warnten jedoch vor einem allzu grossen Optimismus bei den Exporten: So sei unklar, wie die Schuldenkrise in Europa die Geschäfte der Exporteure belastete, sagte Xie. Europa ist der grösste Übersee-Exportmarkt für China. Zudem sei der Kostendruck auf die Firmen in China gross. Zuletzt hatten mehrere Unternehmen ihre Löhne deutlich gesteigert, wie der Apple-Zulieferer Foxconn nach ei-



Chinas Exporte haben enorm zugelegt.

ner Reihe von Selbstmorden. Auch die Importe legten im Mai kräftig zu, der Anstieg fiel mit 48,3 Prozent seit Mai 2009 etwa so stark aus wie bei den Ausfuhren. Binnen

Monatsfrist gaben die Einfuhren jedoch nach. Der Handelsüberschuss stieg auf 19,53 Mrd. Dollar von gerade einmal 1,7 Mrd. Dollar im April.